

## Finanzmarktkrise und das Versagen der Staatswissenschaft

Eine Wissenschaft kann kaum gründlicher scheitern als die etablierte Wirtschaftswissenschaft angesichts der jüngsten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise.<sup>1</sup> Weder bediente sie sich einer geeigneten Theorie, mit der sie die Krise hätte voraussehen, noch erhob sie geeignete empirische Daten, die ein Heranziehen der Krise hätten anzeigen können.<sup>2</sup>

So klar dieser Sachverhalt ist, so falsch wäre es aber, das Wissenschaftsversagen auf die Ökonomie beschränkt zu sehen. Versagt haben in diesem Zusammenhang auch andere Disziplinen. Mindestens ebenso sehr wie einer krisensensibleren Wirtschaftswissenschaft hätte es einer Staats- und Politikwissenschaft bedurft, die über die Unfähigkeit der Staaten zur Krisenverhinderung aufklärt.

Natürlich könnten Staaten Wirtschaftskrisen umso eher vorbeugen, je besser die Wirtschaftswissenschaft ihnen zuarbeitete. Unabhängig davon beruhte die jüngste Krise aber auch auf einer fundamentalen Inkompetenz von Staaten. Deren Inkompetenz überwinden zu helfen wäre daher für die zuständige Wissenschaftsdisziplin, für die Staats- und Politikwissenschaft also, eine

mindestens ebenso wichtige Aufgabe wie die Entwicklung von Krisenkompetenz in der Wirtschaftswissenschaft.

Staaten versagen bekanntlich auf vielerlei Gebieten, und insofern mag das Versagen bei der wirtschaftlichen Krisenprävention noch als eines der harmloseren gelten, verglichen etwa mit dem Versagen in der Klimapolitik, der Sozialpolitik oder der Friedenspolitik. Ein Grund, sich hiermit abzufinden, ist dies aber selbstverständlich nicht. Die Staats- und Politikwissenschaft hätte längst vielerlei Fragen stellen können, die zu einer Erklärung dieses Versagens hinführen. Dazu gehört die Frage, warum Politiker noch immer jeden Wirtschaftsboom als politischen Erfolg feiern, auch wenn darin die nachfolgende Krise schon unabwendbar angelegt ist; oder auch die Frage, was Staaten bzw. Politiker davon abhält, in der Regulierung von Finanzmärkten, von staatlicher Finanzpolitik und auch von Geldpolitik notwendige neue Wege zu gehen. Solche Fragen würden früher oder später ganz von allein auch in die Systemfrage münden, die Frage nämlich, welche Art von Staat in dieser Hinsicht kompetenter wäre.

Wenn der Staat versagt, trägt die Staatswissenschaft Mitschuld, aber dies gilt auch umgekehrt. Wissenschaftsversagen und Staatsversagen bedingen, oder zumindest verstärken sie einander. Insofern Wissenschaft nämlich eine staatliche Veranstaltung ist, spiegeln sich in ihr zwangsläufig Interessen des Staates. Von einer Staats- und Politikwissenschaft, die dem bestehenden Staat und damit auch Politikern, Parteien, Parlamenten und Ämtern Geld, Karrieren und Reputation

---

<sup>1</sup> S. hierzu auch *Die Wirtschaftskrise und das Elend der Ökonomie* in [www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de/files/wirtschaftskrise_und_das_elend_der_ekonomie.pdf) ([http://www.reformforum-neopolis.de/files/wirtschaftskrise\\_und\\_das\\_elend\\_der\\_ekonomie.pdf](http://www.reformforum-neopolis.de/files/wirtschaftskrise_und_das_elend_der_ekonomie.pdf)).

<sup>2</sup> S. hierzu *Wirtschaftskrise - kurzes Zwischentief oder lange Stagnation?* in [www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de/files/finanzmarkt_und_wirtschaftskrise_-_kurzes_zwischentief_oder_lange_stagnation.pdf) ([http://www.reformforum-neopolis.de/files/finanzmarkt\\_und\\_wirtschaftskrise\\_-\\_kurzes\\_zwischentief\\_oder\\_lange\\_stagnation.pdf](http://www.reformforum-neopolis.de/files/finanzmarkt_und_wirtschaftskrise_-_kurzes_zwischentief_oder_lange_stagnation.pdf)).

---

verdankt, die also unmittelbar oder mittelbar von ihm abhängig ist, kann man Aufklärung über systembedingtes Staatsversagen kaum erwarten. Eine solche Wissenschaftsdisziplin wird daher auch nicht die Frage stellen, unter welchen Voraussetzungen eine kritischere Staatswissenschaft gedeihen könnte als sie selbst. Auch dieses Wissenschaftsversagen ist insofern Teil eines umfassenderen Staatsversagens.

Bestehende Staaten können sich daher von der etablierten Staats- und Politikwissenschaft ziemlich unbehelligt fühlen. Sie mussten und müssen auch künftig nicht fürchten, dass ihr Umgang mit Finanz- und Wirtschaftskrisen von der Wissenschaft als systembedingte Inkompetenz gedeutet wird. Sie können daher, wie in der jüngsten Krise geschehen, weiterhin mit wissenschaftlicher Billigung zu Maßnahmen wie horrender Staatsverschuldung greifen - und so die Hauptkrisenursache, das gesamtwirtschaftliche Zuviel an Schulden nämlich und das damit verbundene Zuviel an Geldvermögen, nur weiter verschlimmern. Sie werden in der nächsten Hochkonjunktur Staatsschulden wieder abbauen, aber durch diesen Schuldenabbau eine Zunahme nichtstaatlicher Schulden erzeugen und genau damit den Keim für eine nächste Krise legen. Auch diese Krise wird dann allerdings wieder spät genug eintreten, um den Zusammenhang mit der Inkompetenz vorheriger staatlicher Krisenbewältigung unbeachtet zu lassen. Hätten Staaten es mit einer weniger staats-treuen Staats- und Politikwissenschaft zu tun, stünden sie mit solchem Verhalten unter viel kritischerer Beobachtung.

Was die Wissenschaft leisten müsste, um die Leistungsschwächen von Staaten unvoreingenommen aufzudecken, liegt eigentlich auf

der Hand. Es müsste eine empirische Staatswissenschaft geben, die aufzeigt, was der bestehende demokratische Staat kann und was er nicht kann, und die dabei vor allem zeitgeschichtlichen Indizien nachgeht. Und es müsste dazu eine theoretische Wissenschaft geben, die fragt, was der Staat können müsste; eine Theorie also, die Maßstäbe setzt, die sich von den selbstgesetzten Maßstäben selbstgefälliger Staaten klar unterscheiden. Dies wäre dann auch eine Theorie vom Staat, die der empirischen Erforschung staatlicher Leistungsfähigkeit einen höheren Sinn gibt als den einer blinden Faktensammlung. Die empirische Wissenschaft würde die Beschränkungen bestehender Staaten erforschen, und die wissenschaftliche Theorie würde zeigen, womit und inwieweit diese Beschränkungen überwindbar wären.

An einer Theorie, die eben dies leistet, fehlt es nicht. Die Theorie vom neokratischen Staat erfüllt diese Anforderung. Das Neokratiemodell weist über die herkömmliche Demokratie hinaus und ermöglicht es, die Maßstäbe für die Leistungsfähigkeit des Staates neu zu bestimmen. Der neokratische Staat ist eine konzeptionelle Alternative, die u.a. die institutionalisierte Überforderung des bestehenden Staates aufdeckt, auch und gerade des demokratischen. Welche fatalen Folgen demgegenüber die systembedingte Systemtreue der etablierten Staats- und Politikwissenschaft hat, wird an den Auswirkungen der jüngsten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ein weiteres Mal zu erkennen sein.

02 – 2010

[www.reformforum-neopolis.de](http://www.reformforum-neopolis.de)